

POLITIK KOMPAKT

Bundestag beschließt Haushalt 2008

BERLIN Mit den Stimmen der großen Koalition hat gestern der Bundestag den Haushalt für 2008 offiziell beschlossen. Mit 11,9 Milliarden Euro weist er die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung auf. Bis 2011 soll es ganz ohne frische Kredite gehen.

Heftige Debatte um die Juso-Chefin



BERLIN Nach Rücktrittsfordernungen aus der Union hat sich die SPD-Spitze gestern hinter die Juso-Chefin Franziska Drohsel gestellt: „Ich glaube, da wird etwas skandalisiert“, so SPD-Chef Kurt Beck. Als „lächerlichen Versuch, eine aufrechte junge Demokratin in eine Ecke zu stellen, in die sie nicht gehört“, bezeichnete SPD-General Hubertus Heil die Kritik an der 27-jährigen. Der angehenden Anwältin wird die Mitgliedschaft bei der vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft „Roten Hilfe“ vorgeworfen. Drohsel lehnt einen Austritt ab: Die Gruppe kümmere sich um festgenommene linke Demonstranten. Von Solidaritätsaufrufen für RAF-Terroristen distanzieren sie sich.

Bündelweise Beschlüsse im Bundesrat

BERLIN Der Bundesrat hat gestern den Weg für zahlreiche Projekte freigemacht, die der Bundestag schon beschlossen hat: die Vorratsdatenspeicherung für sechs Monate, das neue Unterhaltsrecht mit Vorrang für Kinder, die Verdreifachung der Krippenplätze bis 2013 und die Abschaffung der Lohnsteuerkarte aus Papier bis 2011.

Rudolf Scharping wird 60

MAINZ Er feiert an diesem Sonntag seinen 60. Geburtstag: Rudolf Scharping, der schon an vielen Schreibtischen gesessen hat und einige davon abrupt räumen musste. Er war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, SPD-Vorsitzender (von Lafontaine gestürzt), SPD-Kanzlerkandidat (von Kohl besiegt), SPD-Fraktionschef (1998 gegen seinen Willen versetzt), Verteidigungsminister (2002 nach Turtel-Fotos zum Rücktritt bewegt). Derzeit ist er Chef des Bundes deutscher Radfahrer (mit Doping-Ärger). Sein Nachfolger in Mainz, Kurt Beck, gratulierte: „Du hast mir ein gut bestelltes Haus hinterlassen. Danke!“

Massenproteste gegen Chávez

CARACAS Es sind die größten Proteste gegen Venezuelas Staatschef Hugo Chávez seit 2002: Rund 250 000 Menschen demonstrierten gestern gegen die geplante Verfassungsänderung. Studentenführer Freddy Guevara: „Wir sagen Nein zu Machtmissbrauch und Totalitarismus!“

Rauchverbot: FDP sieht sich bestätigt

MÜNCHEN Die bayerische FDP hat auf die Forsa-Umfrage der AZ reagiert: „Wenn sich eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Bayern gegen das von CSU beschlossene totale Rauchverbot in Wirtshäusern ausspricht, zeigt das eindrucksvoll, wie weit sich diese Volkspartei von den Bürgern entfernt hat“, so Generalsekretär Martin Zeil.

AZ: Herr Professor Schmid, lesen Sie Parteiprogramme?

JOSEF SCHMID: Notgedrungen. Jedenfalls kursorisch. Ich verwende sie als Steinbruch für Belege. Ansonsten kann man mit Grundsatzprogrammen wenig anfangen, weil die einfach zu dick sind.

Der CDU-Parteitag beschließt am Montag also eine prall gefüllte Wundertüte?

Grundsatzprogramme bieten für alle etwas. Klar ändern sich nach 20 Jahren Duktus, Stil und Begriffe. Aber im Kern hat sich die CDU nicht verändert – sie war immer in der politischen Mitte verankert. Und: Grundsatzprogramme sind keine Regierungsanleitungen. Indem sie nette Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit enthalten, sollen sie ein Signal an die Gesellschaft senden, dass die Partei für sie da ist. Sie versprechen jedem etwas, aber keinem etwas Handfestes.

Trotzdem: Die CDU macht plötzlich auf öko und sozial, wirbt für Klimaschutz und Krippenplätze.

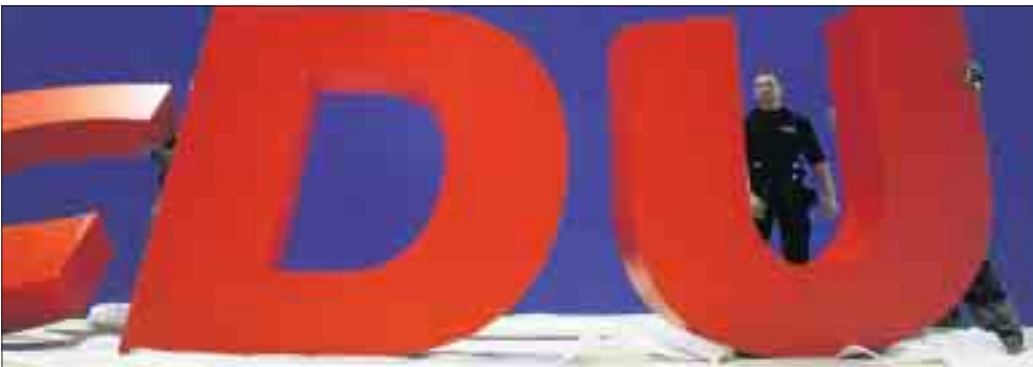
Das sind nur modernistische Einschübe, die sich durch die Themenkonjunktur ergeben. Franz Josef Strauß hat bereits gewusst: Konservativ sein heißt, stets auf der Höhe der Zeit zu sein.

Aber man hat schon den Eindruck, dass die Erzkonservativen in der CDU an den Rand gedrängt worden sind...

Längst pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass der Nationalstaat immer mehr an Kompetenzen verliert. Da tut man sich schwer, noch konser-

»Die CDU verkohlt wieder«

Der Parteienforscher über den Kanzlerin-Wahlverein



Die Grundwerte bleiben – trotz allem Geschiebe: Vorbereitungen für den CDU-Parteitag in der Messe Hannover.

vative Standpunkte für eine starke Nation zu reklamieren – das gilt auch für ein konservatives Gesellschaftsbild.

Und die CDU-Chefin? Aus der neoliberalen Reformerin scheint binnen kurzem fast eine Sozialdemokratin geworden zu sein.

Für welchen politischen Markenkern steht Angela Merkel?

Der 51-Jährige ist Professor für Politikwissenschaft und Parteienforscher an der Uni Tübingen. Er promovierte über die CDU und war Berater der rot-grünen Regierung.

AZ-Interview mit Josef Schmid



einst Helmut Kohl zu den Machttechnokraten ohne eigenen Identitätskern. Wobei Kohl noch ein christlich-katholisches Fundament und Pfälzer Bürgerlichkeit hatte. Merkels ostdeutsche Heimat ist dagegen politisch-kulturell wenig bürgerlich.

Führt sie denn ihre Partei – oder ist sie mehr eine Art Aufsichtsratschefin der CDU?

Den kenne ich nicht, sie kennt ihn wahrscheinlich selbst nicht. Merkel zählt wie

Merkel hat mit der neoliberalen Reformagenda vor den letzten Wahlen zaghaft versucht, mehr zu führen. Das hat sich wahlpolitisch nicht bezahlt gemacht – und es ist nicht an die CDU-Basis durchgedrungen. Viele Ortsverbände pflegen ein sehr christlich-soziales Weltbild. Jetzt fährt Merkel einen Sicherheitskurs, ähnlich wie früher Kohl.

Da sehen Sie Parallelen?

Ja, die CDU verkohlt wieder. Kohl hat immer alles ausgesessen, sich inhaltlich ungerm festgelegt. Auch er führte durch Modernieren. Wie Kohl konzentriert Merkel alle Macht im Kanzleramt. Die CDU-Zentrale wird vernachlässigt und ist nicht gerade die intellektuelle Speerspitze der Nation. Merkel ist – wie Kohl in seiner Blütephase – das absolute Zentrum der Partei.

Die CDU ist also wieder mal ein Kanzler-Wahlverein?

Ja, in einer modernisierten Version. Kohls Telefonbuch hat Merkel durch SMS und E-Mails ersetzt. Die Dramaturgie moderner Medienwahlkämpfe führt dazu, dass die Kanzlerin noch mehr im Mittelpunkt steht als Kohl.

Wie stark ist die CSU ohne Stoiber innerhalb der Union?

Sie hat deutlich an Macht verloren. Die neue Truppe braucht Anlaufzeit, muss sich zusammenraufen. Und Erwin Huber ist keiner, der so auf den Tisch hauen kann wie Strauß. Die CSU muss jetzt erstmal die Landtagswahlen in Bayern gewinnen – dort hängt die Messlatte ja extrem hoch. **Interview: Markus Jox**



Hitziger Wahlkampfendspurt auf Russisch: Präsident Wladimir Putin bei einer TV-Rede an die Nation. Foto: AP

»Wahlen« in Putins Reich Russland

MOSKAU Der Sieg von Wladimir Putin steht schon vor den Wahlen am Sonntag fest: Die Kremlpartei „Geeintes Russland“, für die er als Spitzenkandidat antritt, kann nach Umfragen mit 60 Prozent der Stimmen und 80 Prozent der Sitze im Parlament rechnen.

den wir je hatten!“

Möglich macht es unter anderem ein neues Wahlrecht ohne Direktmandate und mit Sieben-Prozent-Hürde, an der die meisten Oppositionsparteien scheitern

dürften. Im Vorfeld wurden Oppositionelle massiv eingeschüchert, zum Teil verhaftet und ihr Wahlmaterial tonnenweise beschlagnahmt. Sergej Mitrochin von der westorientierten SPS: „Das war der dreckigste Wahlkampf, den wir je hatten!“



Sie können in den Zeitungen alles über Putin lesen, kaum etwas über die Opposition: Polizisten in Moskau.

SPRÜCHE DER WOCHE

„Das Wahlprogramm heißt: Im Himmel ist Jahrmarkt.“ **SPD-Fraktionschef Peter Struck über die Linke**

„Im Vergleich zu Ihrer Politik ist Lotterien fast schon eine sichere Vermögensbildung.“ **FDP-Vize Rainer Brüderle an die Adresse der großen Koalition**

„Die große Koalition ist so am Boden, dass es Leichenschändung wäre, auf sie auch noch einzuprügeln.“ **Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland**

„Die SPD muss sich ständig auf den Boden werfen und heulen.“ **CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla**

„Ich ziehe meine vor kurzem geäußerte Befürchtung, was Bischöfe mit „M“ betrifft, ausdrücklich zurück. Das bezog sich nur auf die Herren Mixa aus Augsburg und Müller aus Regensburg. Marx passt gut.“ **SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget zum neuen Münchner Erzbischof**

GLÜCKSZAHLEN

Keno: 1, 2, 7, 17, 21, 23, 25, 26, 57, 59, 63, 65
38, 43, 44, 46, 47, 49, 50, 55, plus 5: 31721 **(Ohne Gewähr)**

Abendzeitung IMPRESSUM

Gegründet von Werner Friedmann
Herausgeber: Anneliese Friedmann, Dr. Johannes Friedmann
Geschäftsführer: Ulrich Buser
Chefredaktion: Gunnar Jans, Georg Thanscheidt
Produktionsleitung: Gerrit Faust
Chef vom Dienst: Karl E. Dittrich
Chefreporter: Fritz Janda, Matthias Maus
Autoren: Michael Grill, Renate Schramm, Detlef Vetten
Verantwortliche Redakteure: München/Bayern: Georg Thanscheidt, Stellv: Katharina Rieger; Seite 3: Matthias Maus; Wirtschaft: Heiner Sieger; Leben: Michael Heinrich; Kultur: Volker Isfort; Sport: Gunnar Jans; Landespolitik: Angela Böhm; Kommunalpolitik: Willi Bock
Weitere leitende Redakteure: Karl-Maria Eberle; Michael Schilling; Anja Timmermann
Layout: Susanna Schernberg
Fotos: Angelika Roessler
Anzeigenleiter: Horst Rettig (verantwortlich)
Vertriebsleiter: Volker Winzer
 Alle Sendlinger Straße 10, 80331 München
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949. Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 1. Oktober 2007. Tägliches Abonnement monatlich Euro 23,40, bei Postzustellung Euro 24,40. Abbestellungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.
Aboservice: 089/23 77-111, Fax: 089/23 77-276, Mail: aboservice@abendzeitung.de
Druck: Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach-Gernlinden. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder wegen vom Verlag unverschuldeter Arbeitskämpfe/maßnahmen besteht kein Anspruch auf Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
Anschrift Verlag und Redaktion:
Verlag DIE ABENDZEITUNG
 GmbH & Co KG
 Sendlinger Straße 10, 80331 München
 chefredaktion@abendzeitung.de
Telefon 089/23 77-0
 Anzeigen/Fax: 089/23 77-209 · E-Mail: anzeigen@abendzeitung.de
 Redaktion/Fax: 089/23 77-729 · E-Mail: redaktion@abendzeitung.de
 Vertrieb/Fax: 089/23 77-274 · E-Mail: vertrieb@abendzeitung.de
 Altpapieranteil bis zu 70 %

Die Salami taktik der SPD

BERLIN Nach dem Streit ist vor dem Streit: Mit der Einigung innerhalb der großen Koalition ist der Konflikt um den Mindestlohn bei der Post längst nicht ausgestanden. Die SPD kündigte eine Kampagne bis zur Bundestagswahl an, um nun für die Ausweitung auch auf andere Branchen zu kämpfen. Die Post-Wettbewerber dagegen befürchten einen Verlust von 20 000 Stellen und kündigen rechtliche Schritte an.

Mindestlohn soll nun auf andere Branchen ausgeweitet werden - Jobverluste befürchtet

SPD und Union hatten sich zuvor auf einen Mindestlohn für Postdienste ab Januar geeinigt: Zusteller bekommen nun im Osten 9,00 und im Westen 9,80 Euro pro Stunde; Sortierer im Osten 8,00 und im Westen 8,40 Euro. Bisher gelten bei den Postkonkurrenten wie PIN und TNT Löhne von durchschnittlich 7,33 Euro pro Stunde, im Osten oft auch nur 6,00 Euro. Das heißt, dass die Löhne nun um rund 15 Prozent erhöht werden müssen, so Verbandsvertreter. Und das wiederum werde bis zu 20 000

Einigung. CSU-Chef Erwin Huber sagte aber auch, es dürfe nun keine Salami-Taktik geben, wo einer Branche nach der anderen ein Mindestlohn vorgesetzt werde.

Genau darauf zielt aber nun die SPD. Als nächste Kandidaten sehe man die Bewachungsbranche und die Zeitarbeit, so Bundestagsfraktionschef Peter Struck. „Das Thema ist absolut nicht vom Tisch.“ Zahlreiche Gewerkschaften meldeten bereits Wünsche an, ebenfalls aufgenommen zu werden: die Fleischbranche, das Bäckerhandwerk, der Einzelhandel und die Hotel- und Gaststättengewerbe. Dagegen warnte CDU-General Ronald Pofalla, wenn ein deutschlandweiter einheitlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde käme, gefährde das eine Million Arbeitsplätze.

Harsche Kritik kam von der FDP. Parteichef Guido Westerwelle: „Wenn wir die Löhne künftig vom Staat festsetzen lassen, dann ist mir das zu viel DDR.“